
***Herbstgutachten 2019
der Projektgruppe
Gemeinschaftsdiagnose***

***„Konjunktur kühlt ab –
Industrie in der Rezession“***

8. Oktober 2019

BDI - Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

EU-Register der Interessenvertreter
Nr. 1771817758-48

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

EU-Register der Interessenvertreter
Nr. 7749519702-29

Mitglieder von
BUSINESSEUROPE

Haus der
Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

1. Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Die Konjunktur in Deutschland hat sich im **Jahr 2019** weiter abgekühlt. Zur Jahresmitte ist die Wirtschaftsleistung sogar geschrumpft. Die Institute sehen allerdings noch keine Konjunkturkrise. Vielmehr wurde mit dem Einsetzen des Abschwungs zur Jahreswende 2017/2018 nur die Überauslastung der Produktionskapazitäten zurückgefahren. Die gesamtwirtschaftliche Auslastung liegt noch immer leicht über dem langjährigen Durchschnitt. Die Industrie befindet sich allerdings in einer Rezession. Die Produktion geht seit mehr als einem Jahr zurück. Die Handelskonflikte der USA mit China und der EU sowie die Unklarheit über das Wann und Wie beim Brexit haben die wirtschaftliche Unsicherheit erhöht, mit negativen Folgen für die Investitionstätigkeit weltweit. Deutschland ist aufgrund des vergleichsweise hohen Anteils an Investitionsgütern an der Gesamtproduktion besonders stark von dieser Entwicklung betroffen. Im Fahrzeugbau war der Rückgang besonders ausgeprägt, zumal hier neben den zyklischen Faktoren noch der signifikante Technologiewandel hinzukommt. Mittlerweile strahlen die rezessiven Tendenzen in der Industrie auf die unternehmensnahen Dienstleister ab. Gestützt wird die Konjunktur dagegen von binnenwirtschaftlichen Faktoren. Der finanzpolitische Impuls liegt in diesem Jahr bei 0,6 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Bauinvestitionen steigen weiter kräftig und der Private Konsum trotz der Konjunkturschwäche. In der Summe dürfte das BIP im laufenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 % steigen. Im **Jahr 2020** erwarten die Institute einen BIP-Anstieg um 1,1 %, wobei rund 0,4 Prozentpunkte auf Kalendereffekte beruhen. Kräftige Impulse kommen erneut vom Privaten Konsum, der um real 1,4 % zunimmt. Höhere Grund- und Kinderfreibeträge, geänderte Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer und Tariflohnsteigerungen stärken die verfügbaren Einkommen. Die Beschäftigung wird mit plus 120.000 Personen weiterhin ansteigen. Gleichzeitig nimmt die Arbeitslosigkeit leicht zu. Die Ausrüstungsinvestitionen steigen aufgrund der hohen Unsicherheit und abnehmender Kapazitätsauslastung nur noch um 0,5 %, die Bauinvestitionen trotz der Kapazitätsengpässe um 2,4 %. Die Exporte werden mit plus 2,0 % nicht ganz so stark zulegen wie die Importe (plus 3,3 %). Der Leistungsbilanzüberschuss in Relation zum BIP wird auf 6,5 % sinken. Der Finanzierungsüberschuss der öffentlichen Haushalte aufgrund der weiter expansiven Finanzpolitik auf 0,6 % des BIP abschmelzen.

Eckpunkte der Prognose

Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2018	2019	2020
BIP (real) in %	1,5	0,5	1,1
Erwerbstätige im Inland in Mio.	44,85	45,24	45,36
Arbeitslose in Mio.	2,34	2,28	2,32
Arbeitslosenquote in % (BA-Definition)	5,2	5,0	5,1
Verbraucherpreise in %	1,8	1,4	1,5
Lohnstückkosten in %	2,5	3,5	1,6
Finanzierungssaldo Staat in % des BIP	1,9	1,5	0,6
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	7,3	7,1	6,5

Die Institute erwarten für das Jahr 2019 nur noch ein Wirtschaftswachstum von 0,5 %. Im Vergleich zum Frühjahr haben sie ihre Konjunkturprognose um 0,3 Prozentpunkte nach unten revidiert, weil sie den Rückgang des Welthandels deutlich unterschätzt haben. Für das Jahr 2020 fällt die Korrektur von 1,8 % auf 1,1 % noch deutlicher aus. BDI und BDA teilen die Einschätzung der Institute für das laufende Jahr, halten aber die Prognose für das Jahr 2020 angesichts der weltweit hohen wirtschaftlichen Unsicherheiten für optimistisch.

2. Zur Wirtschaftspolitik

Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik – Prioritäten richtig setzen

BDI und BDA begrüßen ausdrücklich die Forderung der Forschungsinstitute nach einer stärker wachstumsorientierten und den Wirtschaftsstandort stärkenden Politik. BDI und BDA setzen sich deshalb dafür ein, vorhandene finanzielle Spielräume effizient für zukunftsorientierte Reformen und Investitionen zu nutzen. Mit Blick auf die sich weiter abschwächende konjunkturelle Entwicklung und das abnehmende Potenzialwachstum weisen die Forschungsinstitute daher zu Recht darauf hin, dass hierfür auch Umschichtungen im Haushalt erforderlich sind. Insbesondere die steigenden Ausgaben der Sozialversicherungen, Mehrausgaben für Rentnerhaushalte sowie umfassende Subventionen schränken die Spielräume der öffentlichen Haushalte stark ein. BDI und BDA fordern daher die Finanz- und Wirtschaftspolitik auf, sich frühzeitig auf die härteren Zeiten einzustellen und ein Programm zur Stärkung und Verstetigung der privaten und öffentlichen Investitionen auszuarbeiten. Überfällige Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur müssen auf den Weg gebracht werden. Richtigerweise bedarf es hierfür auch einer adäquaten Ausstattung der Planungskapazitäten und Entlastungen der Kommunen von Sozialausgaben. Im Hinblick auf die Alterung der Gesellschaft, ist die Forderung nach einer demografiefesten Aufstellung der sozialen Sicherungssysteme sehr zu begrüßen.

Finanzpolitischen Aktionismus vermeiden – Unternehmenssteuern auf wettbewerbsfähiges Niveau bringen

Eine wachstumsfreundliche Ausrichtung der Finanzpolitik muss auf den Weg und über mehrere Legislaturperioden durchgehalten werden. Dies muss mit einer erheblichen Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen (u. a. in Klimaschutztechnologien) sowie einer signifikanten Steigerung der öffentlichen Investitionstätigkeit einhergehen. Zudem muss die steuerliche Belastung der Unternehmen spürbar auf ein wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden.

Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam denken

Aus Sicht von BDI und BDA erscheint die Kritik an dem zu niedrigen CO₂-Preisniveau für eine wirtschaftspolitische Einordnung zu eindimensional. Eine schlagartige Verteuerung ohne Verfügbarkeit preiswerter Alternativen könnte sowohl bei den Bürgern, aber auch bei Unternehmen zur Ablehnung des Klimaschutzgedankens führen. Zudem beinhaltet der niedrige Einstieg

einen „Ankündigungseffekt“, der es im Rahmen von Investitionszyklen und Kaufentscheidungen erlaubt, sich auf den geplanten Preiskorridor einzustellen. Anstatt schnell abzukassieren, entsteht ein Anreiz für veränderte Investitionsentscheidungen. Wichtig ist, dass bei der Einführung eines Zertifikatensystems die künftige Anschlussfähigkeit an ein europäisches oder internationales Handelssystem hergestellt wird. Vernachlässigt wird die Sicht auf den Auslandsbezug nationaler Klimapolitiken und die Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Wirtschaft. Wer national verteuert, kann Probleme mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bekommen. Beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde dafür die besondere Ausgleichsregelung geschaffen, bei den Unternehmen im europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) die Strompreiskompensation. Bei einem allgemeinen, national eingeführten CO₂-Preis wird dies noch zu wenig bedacht. Der Aspekt des Konsumverzichts kommt einem Verzicht auf Wachstumschancen gleich. Für fossile Energien wird an nicht-fossilem Ersatz geforscht, vielfach gibt es technologische Innovationen und Alternativen. Wachstum muss nicht nur quantitativ, sondern kann auch qualitativ zu verstehen sein.